

NIEDERSCHRIFT Rat/005/2010

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 23.03.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Helmut Knüwer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlt:

Herr Ludger Kleideiter

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Haushaltssatzung und Produkthaushalt für das Haushaltsjahr 2010 einschließlich Finanz- und Investitionsplanung

Frau Dirks verweist auf die allen Ratsmitgliedern am Wochenende zugeleiteten Änderungslisten, in denen die in den Etatberatungen im HFA angebrachten Veränderungen abgebildet sind.

Herr Dübbelde, Herr Dittrich, Herr Schlieker und Herr Maas tragen ihre Haushaltsreden vor **(Anlagen 1 – 4)**.

.

Herr Geuking erklärt, dass er in dem Haushaltsplan wenig Handlungsspielraum sehe, dieser sei mit heißer Nadel gestrickt. Zudem vermisse er innovative kreative Ideen, die Billerbeck nachhaltig nach vorne brächten, wie z. B. die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik. Zum nächsten Haushaltsplan werde er Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation einbringen. Um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern, müsse man auch mal über den Tellerrand hinausschauen. Er fordere dazu auf, die Stadt insgesamt als Ganzes zu sehen.

Im Übrigen bitte er darum, die Anträge der SG nicht kategorisch abzulehnen, nur weil sie von der SG gestellt werden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Aufgrund der § 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Billerbeck für das Haushaltsjahr 2010 einschließlich Anlagen unter Einbeziehung der Änderungen des HFA lt. letzter Veränderungsliste vom 19. März 2010 beschlossen.

Stimmabgabe: 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

3. **Neufassung der Gebührenordnung für das Freibad in der Stadt Billerbeck**

Herr Schlieker macht deutlich, dass er mit der neuen Gebührenordnung nicht einverstanden sei. Er hätte sich gewünscht, dass die ermäßigten Gebühren eingefroren und dafür die normalen Eintrittspreise stärker erhöht worden wären. Damit wären die Eintrittspreise in Billerbeck im Vergleich zu den Nachbarorten immer noch vertretbar gewesen.

Herr Maas führt aus, dass er sich eine deutlichere Familienrabattierung gewünscht hätte, halte aber die Gebührensatzung insgesamt für ausgewogen. Seine Forderung zur Familienunterstützung könnte möglicherweise noch zu einem anderen Zeitpunkt und mit anderen Mitteln einfließen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Neufassung der Gebührenordnung zur Satzung für das Freibad der Stadt Billerbeck vom 31.03.1995 wird mit der Änderung zugestimmt, dass der Preis für die Saisonkarte für Erwachsene auf 50,-- €, für Kinder und Jugendliche wie bisher auf 25,-- € und für Familien auf 60,-- € festgesetzt wird. Der für eine Ermäßigung erforderliche Grad der Schwerbehinderung wird auf 50% festgesetzt.

Stimmabgabe: 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

4. **Errichtung eines DLRG-Gemeinschaftsraumes auf dem Freibadgelände**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Schul- und Sportausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Der Errichtung eines DLRG-Gemeinschaftsraumes im Bereich des ehemaligen Kinderbeckens auf dem Freibadgelände wird zugestimmt. Einzelheiten sind in einer Vereinbarung zu regeln.

Stimmabgabe: einstimmig

5. **Maßnahmen zur Beschleunigung der Baumbergebahn hier: Änderungen an Bahnübergängen**

Herr Wiesmann erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Von Herrn Becks nach den Gesamtkosten für die Stadt Billerbeck und dem Zeitplan für die Umsetzung befragt teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Bahn eine Umsetzung noch in diesem Jahr plane. Die Abrechnung werde voraussichtlich erst ein Jahr später erfolgen. Wie hoch am Ende der Stadtanteil genau sein wird, könne er nicht sagen. Im Bezirksausschuss seien Kosten von 400.000,-- bis 450.000,-- € für einen beschränk-

ten Bahnübergang und 200.000,-- bis 250.000,-- € für die Umgestaltung mit einer Anrufschränke genannt worden. Nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz werde die Stadt mit einem Drittel an den Kosten beteiligt, wobei dieses Drittel zu 70% förderfähig sei. Mit dem Städte- und Gemeindebund werde aber noch abgestimmt, ob die Stadt wirklich in dieser Höhe beteiligt werden kann oder die ein oder andere Maßnahme ohne finanzielle Beteiligung der Stadt durchgeführt werden kann.

Beschluss:

Der Planung der DB Netz AG bezüglich der Bahnübergänge bei Bahn-km 85,198, 85,513, 86,480 und 88,200 wird zugestimmt. Bzgl. des Bahnüberganges bei Bahn-km 86,218 wird einer Anrufschränke zugestimmt. Bezüglich des Überganges bei km 80,320 gilt die Zustimmung für den Fall, dass entgegen der ursprünglichen Planung der Bahn, eine Anrufschränke mit einer Umlaufsperrung für Fußgänger angelegt wird und unter der Voraussetzung, dass das Hupen eingestellt wird.

Stimmabgabe: einstimmig

**6. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes -Darstellung einer Konzentrationszone für Windkraftanlagen in Osthellermark-
hier: Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

Herr Wiesmann hat sich bereits zu TOP 5. für befangen erklärt. Er befindet sich im Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Mollenhauer erläutert, dass der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer höheren Windenergieanlage als bereits beschlossen in Osthellermark versagt habe. Deshalb sollte jetzt im Rahmen des Flächennutzungsplanverfahrens ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden, da dieser Voraussetzung für einen Antrag auf Zurückstellung des Bauantrages für die höhere Anlage sei. Deshalb habe der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss den Beschlussvorschlag entsprechend ergänzt.

Frau Rawe merkt kritisch an, dass es äußerst ungünstig sei, wenn die Niederschrift über die Vorberatung im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nicht rechtzeitig zur Beratung in der Fraktion und für die Beschlussfassung im Rat vorliege.

Frau Dirks entgegnet, dass dies aus Zeitgründen leider nicht möglich gewesen sei.

Herr Schlieker bittet über die höhere Anlage getrennt abstimmen zu lassen.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Darstellung einer Konzentrationszone für Windkraftanlagen in Osthellermark - der Stadt Billerbeck durchzuführen und den Aufstellungsbe-

schluss nach § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) ortsüblich bekannt zu machen. Der Änderungsbereich umfasst das gesamte Stadtgebiet. Die Konzentrationszone für Windkraftanlagen in Osthellermark liegt in der Gemarkung Billerbeck Kirchspiel, Flur 27 und 28, vom Kreuzungsbereich der L 580 und dem Napoleonsweg (Alter Königsweg) nach Südosten bis zur Gemeindegrenze nach Nottuln verlaufend.

2. Der Anregung zur Ausweisung des Bürgerwindparks Hamern wird nicht gefolgt.
3. Den Bedenken des Amtes für Denkmalpflege, die Fläche in Hamern nicht auszuweisen, wird entsprochen und die Sichtkorridore zum Dom werden nachrichtlich kartiert und im Entwurf dargestellt.
4. Mit dem Entwurf der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes wird die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und die Abstimmung mit den benachbarten Gemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

5. Für den Einzelantrag im Bereich Osthellermark wird bei der Genehmigungsbehörde der Antrag auf Zurückstellung nach § 15 Abs. 3 BauGB gestellt.

Stimmabgabe: 20 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

7. **11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung, dem Text und der Begründung hierzu.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGB1 I S. 2141) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

8. Beteiligung am gemeinsamen Bahnradweg Coesfeld-Rheine

Herr Faltmann fragt nach, wie sicher die Kostenschätzung des Eigenanteils sei.

Herr Mollenhauer führt aus, dass bei den vor 2 – 3 Jahren geführten Beratungen nur grobe Kostenschätzungen vorgelegen hätten. Dagegen habe der Kreis Steinfurt als koordinierende Stelle jetzt Kostenberechnungen auf der Grundlage des Abrechnungsergebnisses für den 1. Bauabschnitt angestellt, so dass jetzt davon ausgegangen werden könne, dass die ermittelten Beträge sehr konkret sind. Entscheidend sei aber letztlich das Ausschreibungsergebnis.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass es sich gelohnt habe, die Sache auszusitzen. Das sollte man bei der künftigen Arbeit nicht vergessen und nicht immer ad hoc entscheiden.

Herr Geuking erkundigt sich nach Folgekosten für Wartung und Instandsetzung.

Herr Mollenhauer führt aus, dass die Kosten nicht kalkuliert wurden. Es sei aber mehrfach darüber diskutiert worden, dass normale Lichtraumprofile sichergestellt werden müssten. Bei größeren Maßnahmen könne davon ausgegangen werden, dass diese kostenneutral z. B. durch den Betriebshilfsdienst erledigt werden, da das Material zu Holzhackschnitzeln verarbeitet werden könne. Insgesamt seien die Folgekosten überschaubar.

Herr Brunn weist darauf hin, dass sich auch die SPD-Fraktion von Anfang an eindeutig für den Bahnradweg ausgesprochen, aber die Kostenbeteiligung der Stadt als zu hoch angesehen habe. Also habe sich das Aussitzen gelohnt und wenn es bei den rd. 5.000,-- € Kosten bleibe, könne man zufrieden sein.

Herr Becks hält fest, dass man verantwortungsvoll gehandelt habe und am Ende ein Eigenanteil von 5.027,-- € übrig geblieben sei, womit sicher jeder leben könne. Und wenn andere von Kirchturmdenken sprächen, dann meine er, dass man in Billerbeck eigenständig denke und das auch weiterhin tun werde. Für Billerbeck sei ein gutes Ergebnis erzielt worden.

Das erzielte Ergebnis sei unstrittig gut, so Herr Maas. Er könne sich aber auch erinnern, dass Fraktionen sich deutlich gegen eine Beteiligung am Bahnradweg ausgesprochen haben. Die Reduzierung des Eigenanteils sei sicherlich auch der Zeit geschuldet. Aufgefallen sei ihm aber, dass die Bürger zu wenig informiert wurden. Der Bahnradweg sei eine wichtige Sache für die Stadt. Er würde sich für die Zukunft eine bessere Informationspolitik, nicht nur seitens der Verwaltung, sondern auch seitens der Fraktionen wünschen. Das betreffe nicht nur den Bahnradweg sondern z.

B. auch Schulthemen.

Herr Dittrich betont, dass die Reduzierung des Eigenanteils weniger mit der Zeit zu tun habe, sondern viel mehr damit, dass sich fast alle Fraktionen einig darin waren, dass der Betrag so nicht akzeptiert werden könne. Außerdem freue ihn, dass sich die Werbegemeinschaft und die Wirte jetzt beteiligen. Insgesamt könne er der Maßnahme mit gutem Gewissen zustimmen.

Herr Dübbelde meint ebenfalls, dass der reduzierte Eigenanteil nicht der Zeit geschuldet sei. Vielmehr sei die Länge die Strecke reduziert und es seien schwierige Verhandlungen geführt worden.

Herr Schlieker lobt Herrn Mollenhauer, der mit sehr viel Herzblut an der Sache gearbeitet habe.

Frau Bosse-Berger kann der von Herrn Maas angesprochenen fehlenden Informationspolitik nicht zustimmen. Damals sei eine Beteiligung am Bahnradweg wegen des hohen Eigenanteils abgelehnt worden.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck beteiligt sich an dem gemeinsamen Bahnradweg Rheine-Lutum mit Weiterführung nach Coesfeld. Im Bereich Lutum endet der Radweg an der Hofzufahrt und wird mit einer Rampe und dann über die Hofzufahrt an das Straßen- und Wegenetz angebunden.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

9. Wiederbesetzung bzw. Umsetzung von Ausschüssen

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Für die FDP Fraktion werden die nachstehend aufgeführten Personen zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitglieder in die aufgeführten Ausschüsse gewählt:

Schul- und Sportausschuss:

Mitglied: Dr. Rainer Hertel, Bockelsdorf 41 (sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW)

1. Stellvertreter: Hubert Maas, Mergelkamp 21 a
2. Stellvertreter: Peter Wittlerbäumer, Schmiedestraße 5
3. Stellvertreter: Folker Illhardt, Ostwall 8

Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:

2. Stellvertreter: Peter Wittlerbäumer; Schmiedestraße 5
3. Stellvertreter: auf die Nachbesetzung wird verzichtet.

Betriebsausschuss:

2. Stellvertreter: Peter Wittlerbäumer, Schmiedestraße 5
3. Stellvertreter: Auf die Nachbesetzung wird verzichtet.

Umwelt- und Denkmalausschuss:

2. Stellvertreter: Folker Illhardt, Ostwall 8
3. Stellvertreter: Auf die Nachbesetzung wird verzichtet.

Bezirksausschuss:

3. Stellvertreter: Peter Wittlerbäumer, Schmiedestraße 5
4. und 5. Stellvertreter: Auf die Nachbesetzung wird verzichtet.

Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss:

2. Stellvertreter: Peter Wittlerbäumer; Schmiedestraße 5
3. Stellvertreter: auf die Nachbesetzung wird verzichtet.

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

10. Anregung gem. § 24 GO NW der Partei SG-NRW

hier: Einführung einer Parkvignette für das Stadtgebiet Billerbeck

Herr Geuking erläutert und begründet die Anregung zur Einführung einer Parkvignette. Bei einer Umfrage hätten sie eine durchweg positive Resonanz erfahren.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass Anwohner oder Beschäftigte der Geschäfte dann dort parkten, wo eigentlich Kunden parken sollten.

Herr Dittrich hält es zwar für ehrenwert, dass die Einnahmen für die Jugendarbeit verwandt werden sollen, fragt aber kritisch nach, ob tatsächlich eine Bürgerumfrage durchgeführt worden sei.

Herr Geuking antwortet, dass Bürger an SG-Ständen befragt worden seien.

Herr Dübbelde lehnt die eigentlich übliche Verweisung an den Fachausschuss ab. Er wolle an dem bestehenden System nichts ändern und stellt den Antrag auf Abstimmung.

Frau Dirks lässt über die Anregung der SG-NRW abstimmen. Dieser wird mit 1 Ja-Stimme, 24 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung **abgelehnt**.

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010

hier: Verlegung der Rats- und Ausschusssitzungen in den Kultursaal der "Alten Landwirtschaftsschule"

Frau Dirks weist darauf hin, dass lt. Gemeindeordnung die Festlegung von Zeit und Ort der Rats- und Ausschusssitzungen ein Recht des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin sei. Der Rat könne lediglich eine Empfehlung aussprechen.

Herr Dr. Meyring empfiehlt, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen. Man müsse sich heute nur bei den im Trauzimmer sitzenden Zuschauern umsehen. Die Hälfte könne der Sitzung nicht folgen, weil sie einen Pfeiler vor Augen hätten oder die Wortbeiträge akustisch nicht mit bekämen. Er schlage eine Verweisung des Antrages an den HFA vor.

Herr Schlieker räumt ein, dass ihm nicht klar gewesen sei, dass die Bürgermeisterin über Zeit und Ort der Sitzungen entscheide. Er würde über den Antrag gerne im HFA diskutieren. Im Übrigen spreche nichts dagegen, die Verlegung der Rats- und Ausschusssitzungen in die LAWI wieder rückgängig zu machen, wenn sich die Situation im Ratssaal verbessere.

Herr Kortmann ist gegen eine generelle Sitzungsverlegung in die LAWI. Die Sitzungen sollten wie über Jahre und Generationen hinweg üblich, im historischen Ratssaal stattfinden.

Herr Maas könnte sich wegen der für die Zuhörer ungünstigen Situation mit dem Gedanken der Sitzungsverlegung in die LAWI anfreunden, auch wenn er ungern den historischen Ratssaal verlassen würde. Für den Ratssaal müsste dann eine andere Verwendung überlegt werden. Der Saal in der LAWI wäre aber für Menschen mit Behinderungen wegen des Aufzuges besser zu erreichen. Er wolle aber auf keinen Fall die gesamte Verwaltung in die LAWI verlagern.

Frau Dirks entgegnet, dass doch niemand auf die Idee komme, den historischen Ratssaal aufzugeben. Hier fänden auch interne Besprechungen und andere Termine statt. Das angrenzende Trauzimmer sei auch nicht barrierefrei zu erreichen. Verwaltungsseitig werde weiterhin ein barrierefreier Umbau angestrebt.

Herr Dittrich stimmt Herrn Maas zu, dass in der LAWI kein Rathaus II geschaffen werden dürfe. Die Probleme im Ratssaal sehe er auch, andererseits wäre es aber eine Schande, wenn in dem historischen Ratssaal keine Sitzungen mehr stattfänden. Ziel müsse es sein, den Ratssaal barrierefrei zu gestalten. Er bitte die Verwaltung zu eruieren, welche Fördermittel es hierfür geben könne.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird an den HFA verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Mitteilungen

12.1. Neuer Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing verweist auf den allen vorliegenden neuen Sitzungskalender.

12.2. Rad- und Straßenbaumaßnahme in Richtung Darfeld - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu den Nachfragen von Herrn Becks bzgl. der Ausbaumaßnahmen an der L 580 unterhalb der Weißenburg mit, dass der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde nicht beteiligt wurde, weil eine Beteiligung nicht erforderlich war. Ausgleichsmaßnahmen erfolgten tlw. vor Ort durch Einsaat von Landschaftsrasen auf Bankette, Böschungen und in Mulden sowie die Anlage von dichten Gehölzpflanzungen (5.250 qm). Darüber hinaus werde auf einem Acker im Bereich der Netter Mark in Darfeld ein Laubwald aus lebensraumtypischen, bodenständigen Gehölzen angelegt und entwickelt (rd. 9.100 qm).

12.3. Fassadenwettbewerb - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Stadt bei einem von der Kreishandwerkerschaft aufgelegten Fassadenwettbewerb einen Preis für die Sanierung der Fassade der alten Landwirtschaftsschule erhalten habe, der mit 1.000,- € dotiert sei. Dieser Betrag soll für eine barrierefreie Gestaltung des Eingangsbereiches der LAWI (Automatiktür) verwandt werden. Das Preisgeld decke ca. die Hälfte der Kosten.

13. Anfragen**13.1. 100-Alleen-Programm - Herr Schlieker**

Herr Schlieker erinnert an den gemeinsamen Antrag bzgl. des 100-Alleen-Programmes. Es sei beschlossen worden, in diesem Frühjahr notfalls eine Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten einzuberufen, damit noch in diesem Frühjahr mit den Pflanzmaßnahmen begonnen werden könne.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass eine Vorberatung im Bezirksausschuss und danach im April eine Beratung im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten geplant sei. Anpflanzungen in diesem Frühjahr seien aber ohnehin nicht möglich, weil zunächst neue Anträge gestellt werden müssten.

13.2. Finanzierung der Beseitigung von Winterschäden - Herr Dittrich

Herr Dittrich bezieht sich auf eine Mitteilung des Finanzministeriums, nach der die Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz finanziert werden könne, weil ein solches Investitionsvorhaben im Ergebnis zu einer wahrnehmbaren Minderung des Straßenlärms führe.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass aber voraussichtlich keine Restgelder vorhanden sein werden.

13.3. Winterschäden - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen eine Auflistung über die im Winter entstandenen Schäden und die Kosten für deren Beseitigung vorzulegen. Des Weiteren möchte sie gerne wissen, wie hoch die zusätzlichen Kosten für den Streudienst waren.

Herr Mollenhauer sagt Berichterstattung zu.

13.4. Defekte Lautsprecheranlage bei Beerdigungen - Herr Faltmann

Herr Faltmann führt an, dass die Lautsprecheranlage bei Beerdigungen auf dem Friedhof sehr häufig nicht funktionierten.

Herr Messing sagt zu, den Hinweis an die Kirche weiterzuleiten.

14. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Langehaneberg erkundigt sich, wie lange der Flächennutzungsplan Bestand habe und wann der Nächste kommen und eine neue Beratung über den Flächennutzungsplan fordern könne.

Herr Mollenhauer schildert die Verfahrensschritte und teilt mit, dass man sich derzeit mitten im Verfahren befinde und zurzeit keine endgültige Regelung bestehe. Es könne aber jederzeit erneut ein Antrag auf Errichtung von Windkraftanlagen gestellt werden.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin